

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 2 (1982)
Heft: 3

Artikel: Dokumentation : Polen und die Linke in der Schweiz
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651957>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dokumentation

Polen und die Linke in der Schweiz

Die beiden Artikel zu Polen, die in WIDERSPRUCH 2 erschienen sind, zeigen verschiedene Aspekte des Reformprozesses nach August 1980. Das Kriegsrecht, das durch General Jaruzelski, kurz nach Erscheinen der erwähnten Aufsätze, am 13. Dezember über Polen verhängt worden ist, hat auch in der Schweiz verschiedene Stellungnahmen der Linken herausgefordert.

Wir versuchen in der folgenden Dokumentation aufzuzeigen, um welche Fragestellungen dabei die Sozialismus-Analyse und die Sozialismus-Kritik kreisen und welche theoretisch-politischen Akzente in der Thematisierung der polnischen Ereignisse gesetzt werden.

Aus der Fülle des vorliegenden Materials versuchen wir das Spektrum der Positionen repräsentativ zu dokumentieren. Wir haben uns auch das Recht herausgenommen, aus dem jeweiligen Zusammenhang heraus zu zitieren.

1. Die POCH

Ein erster Strang innerhalb der POCH argumentiert dezidiert eurokommunistisch; er bezieht sich kritiklos auf die Positionen des PCI.

„Noch einige Bemerkungen zur Entwicklung der Analysen über den sog. ‚realen Sozialismus‘ welche im Umfeld der KPI gemacht werden. Es ist ja nicht so, dass die Entschliessung zu Polen gewissermassen aus heiterem Himmel fällt. Vielmehr baut sie auf einer schon recht eingehenden Tradition der kritischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte und Struktur dieser Gesellschaften auf . . . Nun stimmt es zwar, dass diese Tagungen und Publikationen, . . ., sich an ein relativ begrenztes Publikum wenden, doch ich glaube nicht, dass man daraus den undifferenzierten Schluss ziehen kann, zu dem bürgerliche Kommentatoren so gern gelangen, wonach es sich hier um Spielwiesen für eine aufgeklärte Führungs- und Intellektuellenschicht handelt, während die ‚Basis‘ sozusagen unwissend gehalten oder mit Trivialmythen abgespiesen wird, sofern sie nicht aus eigenem Antrieb ‚stalinistisch‘ oder zumindest ‚sektiererisch‘ ist, auf jeden Fall aber latent im Widerspruch zur Führung steht

. . . trotz allem verbleibt die ‚Definition‘ der gesellschaftlichen Natur der osteuropäischen Länder weiterhin relativ vage; zu oft noch werden die Analysen durchdrungen von einem unhaltbaren Gegensatz, der konstruiert wird zwischen einer ‚Basis‘ (das ‚Ökonomische‘) von der angenommen wird, dass sie in sozialistischem Sinne umgestaltet worden ist, und einem ‚politisch-staatlichen Überbau‘, in welchem die Degeneration und Irrtümer lokalisiert werden.“ (Ernst Gräub in: positionen 38/39, März 1982, S. 23)

„Im internationalen Zusammenhang gesehen bedeutet der Kampf von ‚Solidarnosc‘ doch: Raus aus dem Block ohne das Lager zu wechseln. Da-

mit reiht sich dieser Kampf in der neuen Friedensbewegung, überhaupt der antiimperialistisch-blockfreien Linken in Westeuropa ein . . . Wer die Blockfreien-Konzeption für Europa politisch relevant hält, kann nicht gleichzeitig Beiträge für ein blockfreies Europa negieren . . .

Fritz Witschi bemerkt richtig, dass praktische Solidarität mit der polnischen Nation für uns antiimperialistische Politik heisst . . . Genosse Witschi glaubt, mit dem Artikel der Prawda gegen die Polendeclaration der PCI sei eine Diskussion über antiimperialistische Politik eröffnet. Wir meinen, das ist etwa das gleiche, wie wenn man einen Bannfluch des Papstes für einen Diskussionsbeitrag hält." (Stellungnahme der POCH Bern, PZ Nr. 7, 18.2.82)

Ein zweiter Argumentationsstrang findet sich im Beitrag von Thomas Heilmann, der von einer scharfen Scheidung zwischen einem „Funktionärstorso“ und der Masse der Bevölkerung ausgeht und die Lösung in der Selbstverwaltung sucht.

„Um es nochmals zu betonen: der wirkliche Grund für die dramatische Wendung, die die Entwicklung in Polen am 13. Dezember genommen hat, ist nicht allein in den letzten 15 Monaten zu suchen. Was im Dezember 1970 geschah und wie die PVAP mit der Ablösung Gomulkas durch Gierek reagiert hat, die breite Entpolitisierung der Massen als Rezept zur Machterhaltung, die Ausrichtung der polnischen Nation auf eine konsumistische Politik des Magens mit ihren katastrophalen Folgen für die Ökonomie, das alles hat zusammen mit einer zynischen Haltung zu den grundlegenden Rechten der Bürgerinnen und Bürger die Strasse zu Kriegsrecht und Ausnahmezustand traciert . . . Forderungen nach Selbstverwaltung, nach grösseren individuellen Freiheitsrechten etc. richten sich nicht gegen den revolutionären Weltprozess. Sie bilden zusammen mit einer effektiven antiimperialistischen Solidarität ein vorwärtstreibendes Element in diesem Prozess.“ (Thomas Heilmann, Kriegsrecht und Verhaftungen, PZ 46/1981, S. 5)

Ganz allgemein strukturelle Schwierigkeiten der sozialistischen Systeme, die aus dem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erwachsen, konstatiert Peter Mattmann. Er greift gar auf eine These aus der Generalliniendiskussion der POCH zurück, wenn er einen Doppelcharakter kommunistischer Parteien in den sozialistischen Staaten diagnostiziert.

„Meiner Ansicht nach sind es vor allem 2 gesellschaftliche Hauptwidersprüche, die gegenseitig ineinandergreifen und zu den heutigen Auseinandersetzungen führen: Der Konflikt zwischen der Bewegung für eine Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen und den Resten des alten Machtapparates, der auf dem Primat der kommunistischen Partei beruhte. Zweitens der Konflikt zwischen der Bewegung für eine souveräne und unabhängige nationale Entwicklung und der von den Warschaupaktstaaten geforderten Blockdisziplin . . . Es handelt sich . . . um den Widerspruch zwischen dem erreichten Stand der Produktivkräfte und den veralteten Produktionsverhältnissen, um den Antagonismus zwischen Kopfarbeit (Leistungsfunktionen) und Handarbeit (subalterne Teilfunk-

nen) . . .

Die kommunistischen Parteien des Warschauer Paktes haben in diesem Sinne einen Doppelcharakter: zum einen sind sie jene Gesellschaftsgruppen, die sich einer Veränderung der Produktionsverhältnisse in ihren Ländern, z.B. der Demokratisierung der ökonomischen und politischen Entscheidungsstrukturen entgegensetzen, zum andern sind sie die historischen Schöpfer jenes Staatenblocks, jener Gegemacht zum kapitalistischen System, die in diesem Jahrhundert eine wichtige Basis für den weltweiten antikapitalistischen Kampf, insbesondere für den Befreiungskampf der Völker der 3. Welt geschaffen hat.“ (Peter Mattmann, Polen und die Friedensbewegung, PZ 24.12.1981)

Ganz entschieden von den Interessen der antiimperialistischen Bewegung weltweit her diskutiert Fritz Witschi; er akzeptiert die Existenz zweier Blöcke und verweist auf den deformierenden Einfluss, den das kapitalistische System ausübt.

„Im Zentrum der Diskussionen wird nach wie vor der Charakter und die Rolle der Gewerkschaft Solidarität sein, die diese zukünftig haben und übernehmen wird. Dabei machen Meldungen der Militärregierung klar, dass es kein zurück zu den Verhältnissen vor dem August 1980 geben wird – aber, und das dürfte heute wesentlich wichtiger sein – auch kein zurück zu den Verhältnissen vor der Verhängung des Kriegsrechts. Wie trotzdem eine autonome Gewerkschaft in Polen Platz haben soll, dürfte heute noch offen sein. Davon aber wird die Möglichkeit der Erreichung eines nationalen Konsenses unter Einbezug aller wesentlicher gesellschaftlicher Kräfte entscheidendes abhängen. Die Solidarnosc, die keineswegs nur eine Gewerkschaft war . . . wird diese nicht nur gegenüber der kommunistischen Partei sondern vor allem gegenüber der Kirche definieren müssen . . . Auf jeden Fall bin ich der Meinung, dass man beim Papst vorderhand noch keine Anweisungen zum antiimperialistischen Kampf holen konnte; . . .

Für die Erneuerung aber braucht die PVAP den Kurs der Zusammenarbeit mit einer autonomen Gewerkschaft, die vitale Lebensinteressen der Arbeiterschaft und anderer Schichten vertreten kann. Die PVAP braucht auch den Kurs der Zusammenarbeit mit der Kirche, insofern diese einen Beitrag zur sozialen Entwicklung leistet: Inwieweit ‚die Kirche‘ direkt auch zur Übernahme von politischer Verantwortung gehen wird, mag für die weitere Entwicklung in Polen keine unwesentliche Frage sein. Ohne die in der PVAP seit Jahren im Sumpf des Gierek Wirtschafts-‚Wunder‘ vererbte Diskussion über die internationalen und nationalen Aufgaben der Partei wieder aufzunehmen, wird die PVAP die an sie gestellten Aufgaben nie lösen können . . .

Aber man denke auch an die innere Deformation von frühsozialistischen Gesellschaften, die alleine schon durch die Existenzen immer schlagkräftiger und hochtechnisierten Armeen hervorgebracht wird. Geheimhaltung, absolute hierarchische Systeme der Befehlsstrukturen usw. sind und müssen als Folge imperialistischer militärischer Drohungen und Erpressungen in ein Gesellschaftssystem hineintransferiert werden, für das solche

Systeme grundsätzlich gesehen gar nicht geschaffen sind. Und hier bringt die neue Aufrüstungsrunde nebst wachsender realer Kriegsgefahr auch wachsende Aufgaben politischer Natur in jedem einzelnen Lande mit antiimperialistischem Charakter mit sich." (Fritz Witschi, Polen, Polen – nichts als Polen, PZ Nr. 4 und 5/1982)

2. Die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP)

Sehr viel eingeschränkter sind die Analyseansätze der SAP. Hier wird Sozialismuskritik geführt über den Begriff der Bürokratie. Diese totale Fixierung auf die Bürokratie verstellt offenbar den Blick auf alle anderen Zusammenhänge.

„Ein wesentlicher Schlüssel zum Verständnis der POCH-Haltung liegt – wie bei der PdA und auch der SP – in ihrem Ignorieren und Nichtverstehen des Phänomens der Bürokratie . . .

Die Bürokratie ist eine leicht auszumachende Schicht von privilegierten Funktionären, Betriebsdirektoren usw., welche zwar an die sozialistische Planwirtschaft gebunden ist, aber die politische Verfügungsgewalt besitzt und sie dazu benützt, ihre Privilegien zu erhalten – und sei es eben mit Kriegerrecht und Panzern. Die politische Dimension und Dynamik von Solidarnosc richtete sich unvermeidlicherweise und immer mehr gegen die bürokratische Herrschaft, und in den langen Auseinandersetzungen zwischen ihr und Solidarnosc zeigte sich eben gerade, wie beschränkt reformierbar sie ist und dass jede wirkliche Reform ihre Existenz sofort in Frage stellen würde. Dies konnte sie nicht akzeptieren und liess deshalb die Panzer auffahren.“ (A. Froidevaux, Solidarnosc ja, aber . . . , bresche 1.3.82)

„Mit zum Bewusstsein der Bewegung Solidarnosc gehörte von Anfang an die Idee der *Kontrolle* der Beschlüsse der Staatsbürokratie auf allen Ebenen. Dieses Konzept der Kontrolle von unten war Teil einer Strategie der *Selbstbeschränkung*. Denn die neue Arbeiterbewegung war sich ihrer Bedrohung durch die Sowjetmacht bewusst. Erst im Frühling begann Solidarnosc mit der Entwicklung von Arbeiterräten, mit der Diskussion über die Entwicklung der Produzentendemokratie. Zu diesem Schritt gelangte Solidarnosc in einem Moment, wo sie merkte, dass die Gewerkschaft unweigerlich mit dem Monopol der Parteibürokratie in allen Entscheiden der Wirtschaft und Politik in Konflikt kommt.“

(Michael Nemeth, Solidarnosc: Demokratische Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung, bresche 18.1.1982)

„Es stimmt: Die Situation vor dem 13. Dezember lief auf eine Machtprobe zu. Aber dies nicht, weil sich Solidarnosc die Machtübernahme auf die Fahne geschrieben hatte, sondern weil der alleinige Kampf für die gewerkschaftlichen Anliegen *automatisch* zu sich ständig eskalierenden Machtproben mit dem bürokratischen Herrschaftsapparat führten. Die gewerkschaftlichen Forderungen nach besserer Versorgung, nach Selbstversorgung, demokratischer Planung, der Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft zielte ins Zentrum des Machtgefüges. Das war *unausweichlich*.“

(Ra., Diskussion über die PdA-Haltung zu Polen: Gewaltherrschaft: das kleinere Übel?, bresche 15.2.82)

3. Die PdA

Eine erste Tendenz in der PdA ist diejenige der reformfeindlichen Traditionalisten; sie ordnet alle Überlegungen global-politischen Erwägungen rigoros unter.

„. . . Der Schritt war notwendig, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. Das ist wesentlich und auch den Mitgliedern der Fraktion SP und Gewerkschafter bekannt. Mit dieser Resolution wird dem polnischen Volk keine moralische und politische Unterstützung bekundet, sondern es wird versucht, die Situation in Polen zu verschärfen und die entstandene Situation politisch auszunutzen . . .

So sehr wir die vorübergehende Einschränkung der demokratischen Rechte bedauern, sind sie doch für uns kein Anlass, im antikommunistischen Chor einzustimmen.“ (PdA nimmt Stellung zu Polen, Vorwärts 24.12.81. Es handelt sich dabei um die Grossratsfraktion der PdA in Basel-Stadt)

„Der herrschende Kriegszustand in Polen ist keine ‚Lösung‘, sondern im Gegenteil einer schöpferischen Umgestaltung und einem Herausfinden aus der (seit Bestehen des sozialistischen Polens) andauernden Krise hinderlich. Ein Bürgerkrieg aber hätte noch bedeutend schlimmere Auswirkungen gehabt und mit der durch die obigen Zitate angedeuteten Richtung, die die Führer der ‚Solidarität‘ einschlagen wollten, wäre es dazu gekommen. Deshalb bin ich damit einverstanden, dass die Konfrontation in der Art, wie Blumsztajn und Konsorten sie ansteuern, abgeblockt und der Weg für eine Verständigungslösung gewaltsam offen gehalten wurde.“ (Jürg Gasche, PdA, in einem Leserbrief an die bresche, 15.2.82)

„Am ‚Solidarnosc‘-Kongress drang jener Flügel durch, der auf einem klaren Konfrontationskurs liegt und von ‚zukunftsorientierter Weltoffenheit‘ redet, womit die westliche Welt unter amerikanischer Führung gemeint ist. Die Gefahr des Bürgerkriegs war real . . . Man darf ruhig von einer wirtschaftlichen und politischen Zwangslage sprechen, in der das vernünftigste Übel gewählt wurde. Dass breite Kreise der polnischen Bevölkerung sich nach einem geordneten Alltag und Garantien, dass es nicht noch schlimmer kommt, geseht haben, ist glaubwürdig. Genosse Jaruzelski konnte mit seinen Massnahmen auf gewisse Sympathien in breiten Bevölkerungskreisen rechnen.“

(Heiri Strub, Sozialistischer Aufbau und Polen, Vorwärts, 7.1.82)

Eine zweite Tendenz ist diejenige des eurokommunistischen Reformismus, die auf die absolute Notwendigkeit von Reformen in den bestehenden sozialistischen Gesellschaften hinweist, gleichzeitig die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens und die im Vergleich zu Westeuropa verschiedene Situation hervorhebt.

„Die Tatsache, dass die aus der Arbeiterbewegung herausgewachsene Reformbewegung vorläufig nicht zum Ziele kommen konnte, hat verschiedene Ursachen, und nur eine liegt in den von aussen gesteuerten Aktivitäten gegen die Volksrepublik Polen. Es gibt auch solche, die im System selbst liegen. Es fehlen die Erfahrungen einer demokratischen Praxis und die institutionellen Mittel wie ein repräsentatives Parlament, lokale und betriebliche Selbstverwaltungsorgane, durch die eine solche Politik sich verwirklichen könnte. Der Mangel an Demokratie konnte seit dem August 1980 nicht behoben werden, und das Ergebnis ist ein Schwund an Glaubwürdigkeit und Autorität für die Behörden, aber auch der besonneneren Gewerkschafter, und ein Überhandnehmen der Anarchie . . .

Unsere Haltung zu den dramatischen Ereignissen in Polen ist diktiert von der Sorge um die Errungenschaften der polnischen Arbeiter, einschliesslich der Gewerkschaftsfreiheit und des Streikrechts, und des polnischen Volkes, auch seiner staatlichen Unabhängigkeit, damit die demokratische Erneuerung im Sozialismus den Arbeitenden mehr Rechte, mehr Verantwortung, mehr Freiheit sichert.“ (Karl Odermatt, Ausnahmezustand in Polen, Vorwärts 17.12.81)

„Wir haben die Gründung der ‚Solidarität‘ begrüsst und vom ersten Tag an unterstützt. Solidarnosc hat einen längst fälligen Erneuerungsprozess in Polen eingeleitet. Auch wir sind für freie und von Partei und staatlicher Macht unabhängige Gewerkschaften . . .

Die Tatsache, dass ‚Solidarität‘ innert kürzester Zeit die Mehrheit der polnischen Werktätigen hinter sich vereint hat, belegt, dass die bestehenden Institutionen, vor allem die Gewerkschaften, den Bedürfnissen der polnischen Arbeiter nicht gerecht geworden sind Sicher ist aber auch, dass ein Ausnahmezustand gar nicht nötig gewesen wäre, wenn die sozialistische Gesellschaft Polens über Institutionen und Entscheidungsprozesse verfügt hätte, die den Arbeitern eine direktere Beteiligung ermöglicht hätten.“

(Armand Magnin, PdA zu Polen: Der Sozialismus braucht mehr Selbstverwaltung, Interview in der Basler Zeitung, 18.1.82)

Eine dritte Tendenz schliesslich argumentiert, ähnlich wie in der POCH, dezidiert eurokommunistisch, stellt die Hegemoniefähigkeit der PVAP zur Diskussion und verweist auf die absolut notwendige Vertiefung der Demokratie im Sozialismus. Sie nähert sich somit der Konzeption des PCI, dem dritten Weg.

„Die Partei muss sich mit diesen Tendenzen auseinandersetzen, wenn sie den Anspruch erhebt, progressiv zu sein und die Avantgarde darzustellen. Solange sie nicht die grundsätzlichen Strömungen der Nation organisieren und vertreten kann, solange sie ihre Regierungsrolle nicht aus einem gesellschaftlichen Konsens, sondern nur aus der geopolitischen Lage heraus legitimiert, ist keine Lösung der polnischen Dauerkrise in Sicht. Der Rückgriff auf eine Militärdiktatur ist der offensichtlichste Beweis der Tiefe dieses Widerspruchs. Es hat sich so eine paradoxe

Situation ergeben: Eine ‚sozialistische‘ Regierung unterdrückt die Arbeiterklasse und ihre Repräsentanten. Die ‚Diktatur des Proletariats‘ hat ins Gegenteil umgeschlagen. Indem man vorgibt, den Sozialismus retten zu wollen, riskiert man, ihn zu liquidieren.“ (ReTo, Leserbrief im Vorwärts, 21.1.82)

„Die Demokratie ist ein unteilbares Gut der ganzen Menschheit und sie wird verteidigt und ausgebaut angesichts welches politischen und sozialen Systems auch immer.“ (Erklärung der Partei der Arbeit Tessin, Il lavoratore, 19.12.81)

4. SP und Gewerkschaften

SP und Gewerkschaften nehmen in ihren Analysen wieder Rückgriff auf Begriffe, die in der Zeit des kalten Krieges geläufig waren. Besonders auffällig ist dabei die Renaissance der Totalitarismustheorie, die jedoch die analytische Schwäche dieser Position nicht zu verdecken vermag.

„Die Einsetzung einer Militärregierung zeigt mit entlarvender Deutlichkeit, dass das staatskapitalistische System dem privatkapitalistischen System gleicht: Hier wie dort wehrt sich ein anonymer Apparat wirtschaftlicher und staatlicher Machtballung mit allen legalen und illegalen Mitteln und notfalls mit Gewalt gegen die Impulse zur Demokratisierung der Gesellschaft.“ (Erklärung der SP Basel-Stadt, Keine Demokratie ohne Sozialismus, Basler AZ 15.12.81)

„Keine Diktatur, weder eine kommunistische noch eine faschistische, erträgt eine freie Gewerkschaftsbewegung, erträgt freie Parteien, freie Menschen, d.h. die Freiheit.“ (Helmut Hubacher, Die lange Nacht von Polen, Basler AZ 29.12.81).

(Die Hervorhebungen in den Zitaten stammen von den jeweiligen Verfassern).

An dieser Stelle werden einige, unvollständige Hinweise auf laufende Debatten in anderen Zeitschriften gegeben, die u.E. für die weiterhin anstehende Polen-Diskussion hierzulande ebenfalls mitzubersichtigen sind.

Sozialistische Studiengruppen (SOST): Polen. Realer Sozialismus am Ende. (Von der Ökonomie- und Hegemoniekrise zur Militarisierung der sozialen Bereiche und Zwangsvergesellschaftung der Arbeit) in: Sozialismus 1 - 82)

Sozialistische Studiengruppen (SOST): Polen: ‚Eine sich selbst beschränkende Revolution‘. Kommentar zur Geschichte der polnischen Reformbewegung von A. Michnik.

Für eine neue Gesellschaft. Die programmatischen Aussagen von Solidarnosc. Analysen der SOST, in: Sozialismus 3 - 82

Elfferding, W. Thesen zu Polen. (Krise der Partei und das Hegemonieproblem) in: Das Argument 132, 1982

Mückenberger, U. Streikrecht und Staatsgewalt in Polen. Der Versuch der Kodifizierung eines kollektiven Freiheitsrechts in einem Lande des ‚realen Sozialismus‘ und sein Scheitern. In: Kritische Justiz, Heft 1, 1982

Perels, J. Staatsapparat und gesellschaftliche Selbstbestimmung in Polen. In: Kritische Justiz, Heft 1, 1982

Arato, A. Gesellschaft contra Staat (Thesen), in: Moderne Zeiten 1/82. Vorabdruck aus: Fenchel/Pietsch/Segbert (Hrsg.) Gesellschaft gegen den Staat – Polen 1980/81. Hannover 1982

Fücks, R. Die Militärdiktatur als höchstes Stadium des realen Sozialismus? Mit Replik von Langer, T. / Stamm, M. und Gukelberger, W. / Wolf, F.O. Polen-Solidarität und sozialistische Politik. In: Moderne Zeiten 1/82

Sawicki, C. Die Entwicklung der Solidarnosc'-Bewegung in Polen. In: Blätter f. dt. u. int. Politik 11/81

Rundfunkansprache von Partei- und Regierungschef Jaruzelski zur Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen. In: Blätter f. dt. u. int. Politik 2/82 und in PZ vom 17.12.81

Jung, H. Polen: Sind Sozialismus und Planwirtschaft gescheitert? (Replik auf Heinsohn, G./Steiger, O.: Gewerkschaften und ökonomische Inkompetenz des Marxismus. Leviathan 2/81) in: Polen. Sonderheft Marxistische Blätter 1982

Resolution der KPI-Parteileitung v. 29.12.81 und Antwort der KPI auf den Prawda-Artikel v. 24.1.82 in: Positionen, Nr. 38/39, 1982

Nuti, D.M. Poland. Economic Collapse and Socialist Renewal. In: New Left Review. Nov./Dec. 1981

Il Contemporaneo: Il PCI e i fatti di Polonia. (darin u.a.: Tavola rotonda: Terza via, distensione e riformabilità del ‚socialismo reale‘, mit: Giuseppe Boffa, Cesare Luporini, Gian-Carlo Pajetta, Adriana Seroni und Bruno Trentin). In: Rinascita No. 1/1982

Brus, W. Cooper, J. Ellmann, D. Nuti, D.M. Dove va l'economia socialista? Ein Rundgespräch aus: Marxism Today, Febr. 82, übersetzt und abgedruckt in: Rinascita No. 6, 1982

Bertone, F. Polonia: La riforma è ancora possibile? L'analisi e gli inter-

rogativi proposti a un convegno dell'Istituto Gramsci. In: Rinascita No. 12 + 13, 1982

Boffito, C. Le radici economiche della crisi. In: Rinascita No. 13, 1982



Zum Konflikt in der Partei der Arbeit Zürich

Der WIDERSPRUCH-Leser erinnert sich an den Beitrag von Roman Seiler zum Thema „Krise der Parteien“ in Heft 2 mit dem Titel „Autonome Subjekte statt Gremien“, in welchem sich der Verfasser kritisch mit dem demokratischen Zentralismus auseinandersetzte. In der in diesem Artikel diskret angesprochenen PdA – insbesondere in der Sektion Limmat – ist der Artikel gelesen worden.

Reaktionen liessen nicht auf sich warten: Autor Seiler und WIDERSPRUCH-Redaktionsmitglied Cahannes – beide Mitglieder der Sektion Limmat – wurden des „parteischädigenden Verhaltens“ bezichtigt. Diesen Vorwurf wiesen sie mit Entrüstung und mit Unterstützung eines beträchtlichen Teils der Sektionsmitglieder zurück. Eine immer schärfer und unsachlicher werdende Kontroverse mündete schliesslich in eine echte und schwere Krise, die mittlerweile die ganze Zürcher Partei erfasst hat und die vom zentralistisch-dogmatischen Flügel dazu benutzt worden ist, alle kritischen Mitglieder aus den leitenden Gremien zu entfernen.

Resultat: die Zürcher Partei hat sich – ähnlich wie von Seiler beschrieben – weiter verhärtet und die beschuldigten Genossen Seiler und Cahannes wurden wegen „Entgleisungen“ (Vorwärts, 29.4.82) aus der Partei ausgeschlossen. Mit ihnen steht ein grosser Teil der aktiven Parteimitglieder einem verhärteten, dogmatischen Klima und einer eigentlichen ideologischen „Säuberung“ in der Partei gegenüber.

Ein Dutzend Genossen aus der Sektion Limmat hat sich zusammen mit den Ausgeschlossenen und weiteren Sympathisanten zu einer neuen – bisher noch nicht anerkannten – „Sektion Sihl der PdAZ“ zusammengeschlossen. Andere haben sich in einem Manifest kritisch zum Konflikt geäussert.

Soweit die Tatsachen und Ereignisse. Für ein grundsätzliches, wissenschaftliches Verständnis der Hintergründe genügen indes die Schilderungen einzelner Vorkommnisse und Verhaltensweisen nicht.

Es ist klar, dass solch schwere Krisen in einer Partei nicht lediglich durch einen WIDERSPRUCH-Artikel verursacht werden, ebensowenig wie man das